

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

400

Wien, am 18. Dez. 1931.

BUDGETBERATUNG.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. Dezember 1931.

Beginn der Sitzung 17 Uhr. Das Haus setzt die Spezialdebatte über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen fort.

G.R. Millik (E.L.) bemerkt, dass die private Bautätigkeit ganz erschlagen ist. Nun schränken auch Bund und die Gemeinden die Bautätigkeit ein. Diese Situation führt zum Ruin der Wirtschaft. Wenn die Bautätigkeit ruht, ruht alles. Ich warne vor den Massen, an deren Spitze das Gespenst des Hungers steht. Nur ein Zusammenarbeiten kann die Situation verbessern und nur der Weg vom Rathaus ins Parlament oder umgekehrt kann den Bedürfnissen Rechnung tragen. Der Redner bringt sodann Klagen über die Rauchplage in den städtischen Wohnhausanlagen vor. Die Rauchplage ist auf die Heizung mit Koks zurückzuführen, wodurch die Kamine sehr austrocknen. Der Mörtel fällt ab und so entstehen Fugen, durch die der Rauch in die Nachbarwohnungen eindringt. Es ist gewiss notwendig, dass der Gemeinde für ausserordentliche Zeiten eine gewisse Anzahl leerstehender Wohnungen zur Verfügung stehen. Es sollen aber bereits deren zuviele sein. Der Redner verlangt hierüber Aufklärung sowohl über die Zinsrückstände in den Wohnbauten der Gemeinde (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Holaubek (E.L.) bemerkt, nach den grossen Worten über den Aufbau Wiens müsse die Mehrheit jetzt froh sein, die begonnenen Bauten fortzuführen. Von Neubauten ist keine Rede mehr. Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Wohnungszuweisungen und verlangt, dass diese gerecht und ohne Rücksicht auf das Parteiinteresse erfolgen. Da 53.000 neue Wohnungen geschaffen, das heisst 53.000 Mietparteien mit ihren Familienangehörigen untergebracht wurden, sollte man meinen, dass dadurch die Wohnungsnot sehr erheblich eingeschränkt worden ist. Dem ist aber nicht so. Man kann das nur so erklären, dass unter den 53.000 sehr viele sind, die gar nicht wohnungsbedürftig waren, sondern die nur aus Gründen der Wahlstrategie eine Wohnung erhalten haben. An der Aufhebung des Wohnungsanforderungsgesetzes trägt die Sozialdemokratie einen erheblichen Teil der Schuld, da das Wohnungsamt, das bei Besetzung der Wohnungen in den Gemeindehäusern sehr vorsichtig ist, den Hausherrn alle die Parteien zugewiesen hat, die man in den Wohnhausbauten der Gemeinde nicht haben will. GR. Holaubek verlangt weiters dass die private Wohnbautätigkeit möglichst gefördert werde und dass angesichts der grossen Wohnungsnot jeder verfügbare Raum in den Gemeindebauten auch wirklich Wohnzwecken zugeführt werde. In dieser Zeit muss der Luxus von Heimen, Horten, Parteisekretariaten usw. in Gemeindeförmigen aufhören. Weiters verlangt er die Einsetzung einer paritätisch zusammengesetzten Kommission, die die Zuweisung der Wohnungen zu überprüfen hätte und wendet sich dagegen, dass das Interventionsrecht der Gemeinderäte durch die Minderheit in Wohnungssachen so sehr eingeschränkt worden sei (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Daffinger (E.L.) weist darauf hin, dass trotz der Erhöhung der Wohnbausteuer doch nicht möglich werden wird, neue Wohnungen zu schaffen. Das ist angesichts des grossen Wohnungsbedarfes, der noch immer besteht, sehr bedauerlich. Die Minderheit hat durch Jahre geraten, den Wohnbau durch eine Anleihe zu finanzieren. Damit hat man solange gewartet, bis die Möglichkeit einer Wohnbauanleihe verschüttet war. In einer Kritik der Wohnungsvergaben stellt er fest, dass sich trotz aller Anstrengungen des Bundes und trotz der Wohnbautätigkeit der Gemeinde bisher noch keine fühlbare Verringerung der Wohnungsnot bemerkbar gemacht habe. Er beschäftigt sich sodann

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 18. Dezember 1931.

mit den Mietzinszuschüssen, und stellt fest, dass zur Dotierung dieser Mietzinszuschüsse eine eigene Zwecksteuer, die Bodenwertabgabe vom verbauten Grund geschaffen worden sei. Nun hat diese Abgabe in den letzten zwei Jahren 4'6 Millionen getragen, während die Gesamtsumme der Mietzinszuschüsse in drei Jahren bloss 1'4 Millionen ausmacht. Das heisst, der Ausgleichsfond war für die Gemeinde ein glänzendes Geschäft. Schliesslich erklärt der Redner gegen das Budget zu stimmen (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Es wird sodann die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe III vorgenommen und die Ansätze dieser Gruppe genehmigt. Der Antrag Hörmayer wird abgelehnt.

Sodann wird die Debatte über die Gruppe IV fortgesetzt.

GR. Schiener (E.L.) bemerkt, der Voranschlag zeige, dass die Politik der Gemeinde vollständig Schiffbruch gelitten habe. Alles was an Werten in der Stadt vorhanden war, ist dank dieser Politik vernichtet worden. Die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit habe Zinskasernen geschaffen, die der Stadt nicht zur Zierde gereichen. Ihre Wohnbaupolitik hat der Bevölkerung fast 1 Milliarde Schilling gekostet. Das Fallen des Mieterschutzgesetzes wird der Bevölkerung die Augen öffnen, dass Sie in Wien eine künstliche Wohnungsnot geschaffen haben, unter der die ganze Bevölkerung leidet. Solange Ihre Steuerpolitik eine wirtschaftsfeindliche ist, werden wir gegen den Voranschlag stimmen. (Beifall).

GR. Heinrich (E.L.) stellt fest, dass schon im Jahre 1931 die städtische Bautätigkeit um ein Drittel der für das Jahr veranschlagten Wohnungen zurückgeblieben ist. Für das Jahr 1932 sind nur 50 Millionen Schilling für die Bautätigkeit veranschlagt, weshalb von einer grosszügigen Bautätigkeit in diesem Jahre nicht gesprochen werden kann. Diese Einschränkung wird den Wohnungslosen und Obdachlosen das nächste Jahr zu einem der schlimmsten Jahre machen. Ueber die Vergebung der Wohnungen sagt der Redner, dass die Wohnungsvergebung nicht immer nach dem Grundsatz der Bedürftigkeit gehandhabt wird. Die Wohnungsvergebung durch das Wohnungsamt richtet sich in den meisten Fällen nach der Parteizugehörigkeit des Wohnungswerbers. Bei der Beurteilung der Wohnungsbeüftigung wird ebenfalls nicht immer der gleiche Massstab angewendet. Getadelt werden muss auch, dass den Vertretern der Minderheit bei Vorsprachen im Wohnungsamt von den Referenten über höheren Auftrag jede Auskunftserteilung verweigert wird, während die Mitglieder der Mehrheit im Wohnungsamt ein und ausgehen. (Beifall).

Die Verhandlungen werden abgebrochen. Nächste Sitzung Montag, 17 Uhr
Schluss der Sitzung 18 Uhr 50.

864

Bogenabfertigung 19 Uhr.